



Die Linke.Zeuthen Gemeindefraktion

Antragstitel: Umgebungslärm und Erschütterungen an der Bahntrasse in Zeuthen

Datum: 10.Oktober.2019

Einreichende Fraktion: Die Linke, FDP, CDU

Eingereicht für: Gemeindevertretung am 22. Oktober.2019

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Zeuthen beauftragt, den Bürgermeister Sven Herzberger, mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, der umliegenden Gemeinden in Verbindung zu treten, um in einer übergreifenden regionalen Aktion eine Vorlage zu erarbeiten, die den Kreistag auffordert, sich stärker gegenüber dem Bund und Land dafür einzusetzen, dass im Interesse der Gesundheit der Bürger in den Gemeinden ein bestmöglicher Lärmschutz greift.

Begründung:

In der Ausschusssitzung am 09.04.2019 wurde der Beschluss vom 24.01.2019 einen überfraktionellen Antrag zum Thema Umgebungslärm und Erschütterung an der Bahntrasse in die Zeit nach der GV-Wahl 2019 zu verlegen mit dem Ziel, die BV im Umweltausschuss neu zu diskutieren. Ziel ist es, einen Schulterschluss mit den umliegenden Gemeinden zu erreichen, um eine gemeinsame Vorlage aller für den Kreistag zu erarbeiten.

Hierbei soll der Forderung nach einem Konzept Nachdruck verliehen werden, welches die Schutzbedürftigkeit seiner Anwohner in den Vordergrund stellt und weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen beinhaltet. Die Dringlichkeit sollte dabei besonders herausgehoben werden.

Diese Dringlichkeit ergibt sich schon allein aus der Tatsache, dass im Rahmen des BER-Masterplanes 2040 mit einer massiven Zunahme des Lärms bei allen Verkehrsträgern zu rechnen ist. Das bedeutet, dass auch der Deutschen Bahn eine umfassende Rolle im Schienengüterverkehr zukommt. Geplant ist, in den Jahren 2022 bis 2034 ca. 30% mehr Schienenverkehr auf die Gleise zu

erreichen. Auch im Regionalverkehr Berlin-Brandenburg ist ab 2022 geplant, die Zugfolge im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) zu verdoppeln. Ebenfalls sollen dann auch längere Züge eingesetzt werden. Dies führt zu erhöhten Emissionswerten und Erschütterungen.

Weitere wichtige Gründe erfordern ein Handeln im Schulterschluss

- Durch geplante und schon im Bau befindliche Gewerbezentren (u.a. am Hafen KW) rund um den BER wird sich der Verkehr auf den Straßen der Anliegergemeinden verdichten – L 400, L 401, L 402 . Eine Zunahme des innerörtlichen Schwerlastverkehrs ist damit zu befürchten und somit auch eine Erhöhung des Lärmes.
- Es ist mit einer Zunahme der Lärmemission zu rechnen, wobei die Grenzwerte sowohl am Tag als auch in der Nacht deutlich überschritten werden, wie die Lärmmessungen und deren Auswertung zum Schienenverkehrslärm vom Nov.2017 – Jan. 2018 zeigen
- Die im vergangenen Jahr in Zeuthen durchgeführte Erschütterungsmessung zeigt ebenfalls eine überdurchschnittliche Erschütterung durch den Schienenverkehr auf. Durch die Rekonstruktion der Gleisanlagen hat sich keinerlei Verbesserung für die Anwohner ergeben.
- Bis heute fehlt ein Konzept zur Ertüchtigung der Gesamt - Verkehrsinfrastruktur um den BER. Damit ein drohender Verkehrsinfarkt abgewendet wird. Die Landes- und Kreisstraßen sollen offensichtlich den erhöhten Verkehrsstrom auffangen, können das aber nicht leisten. Eine massive Zunahme des Lärmpegels zeichnet sich bereits jetzt ab. Schon 2016 hat das Dialogforum aufgrund einer vorgelegten Studie vor einem Kollaps gewarnt. Die Politik muss endlich handeln
- Der Schutz der menschlichen Gesundheit vor Umgebungslärm aus den verschiedenen Quellen ist nicht mehr gegeben. Deshalb fordern wir endlich Konsequenzen zum höchstmöglichen Schutz der menschlichen Gesundheit vor Umgebungslärm aus den Lärmquellen des Straßen-, Schienen- und Fluglärms. Es hat eine Ausrichtung und Festlegung der Emissionswerte für Umgebungslärm(Gesamtlärm) in Anlehnung an die WHO *„Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region“* zu erfolgen.
- Laut Landesentwicklungsplan (LEP-HR)Berlin-Brandenburg, der noch in diesem Jahr im Landtag beschlossen werden soll, ist der weitere Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes(TEN-V) im Schienenverkehr auch über unsere Bahnstrecke vorgesehen. Allerdings wird der Emissionsschutz für die Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt.

- Im Bundesverkehrswegeplan bis 2030 ist ebenfalls festgelegt, dass der Ausbau des Schienenverkehrs von herausragender Bedeutung ist.
- Stellungnahmen und Forderungen der Gemeinden zum Landesnahverkehrsplan, darunter auch der der Zeuthener Gemeinde vom 20.10 2017, sollen nach uns vorliegenden Informationen nur unkommentiert als Anhang angehängt werden. Das ist nicht hinnehmbar.

Schlussfolgerung

Die Gemeinde Zeuthen steht mit den Grundforderungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Straßen-, Autobahn-, Schienen – und Fluglärm sowie vor Erschütterungen nicht allein im Raum. Die Anliegergemeinden wie Schulzendorf, Eichwalde, Wildau, Königs Wusterhausen und Bestensee werden zukünftig noch stärker von Umgebungslärm (Gesamtlärm) betroffen sein.

Robert Seelig
DIE LINKE

Karl Uwe Fuchs
FDP

Nadine Selch
CDU